

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

42. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 1. Dezember 1904.

N^o 138.

Ueber Tarifgemeinschaften.

Es ist ein deprimierendes Gefühl, heute noch in Buchdruckerkreisen für Tarifgemeinschaften sich ins Zeug legen zu müssen. Sollten die 42000 tariffreien Gehilfen und die 4600 tariffreien Buchdrucker noch einer Belehrung über das Wesen, die Bedeutung und den Zweck der Tarifgemeinschaften bedürfen? Sollte man nicht vielmehr annehmen, es könne sich nicht mehr um eine Frage, sondern nur noch darum handeln, wie man unsere Tarifgemeinschaft weiter ausbaut, sie wirtschaftlich und sozial immer lebensfähiger, für ihre Zwecke immer praktischer gestaltet! Hat man es bei der Tarifgemeinschaft mit einer grauen Theorie oder mit einer Einrichtung zu tun, die auf der Basis langer und ernster gewerblicher und allgemeiner wirtschaftlicher Erfahrungen beruht?

Das alles muß man jetzt in Buchdrucker- und noch dazu in Gehilfenkreisen fragen, wenn man sich erklären will, warum jetzt in Berlin in so unerfreulicher Weise der Wert der Tarifgemeinschaften verkannt wird. Gewiß wird der in Frage kommende Teil der Berliner Kollegenschaft beiseite nicht sich gegen die Tarifgemeinschaft an sich wenden, dafür aber solche unerfüllbare Anforderungen an die Tarifgemeinschaft stellen, daß sie dadurch ihr nur die Konsequenz übrig lassen, entweder diesen unerfüllbaren Anforderungen zu genügen oder aber als unbrauchbar zum alten Eisen geworfen zu werden. Und so kommt es, daß auch über die Tage der Gauvorsteherkonferenz hinaus der deutschen Kollegenschaft Bemühen darauf gerichtet sein muß, in sachlicher Ueberzeugung bestimmend auf die irrtümlichen Auffassungen in Berlin einzuwirken, damit das Uebel nicht zu einem chronischen werde.

Man kann es uns ja nicht beifallen, das ganze Kapitel der Tarifgemeinschaft im „Corr.“ wieder aufzurollen, zudem wir uns ja erst im vorigen Jahre wiederholt ausführlich damit beschäftigt, auch dürften unsere Darlegungen wohl ohne besondern Eindruck auf gewisse vorgefaßte Meinungen in Berlin bleiben. Wenn wir aber dennoch in dieser Sache noch einmal das Wort ergreifen, so geschieht es, weil wir eine Stimme gegen Tarifgemeinschaften für dieselbe sprechen lassen möchten. Damit dürfte wohl am überzeugendsten dargelegt werden, welchen Wert Tarifgemeinschaften für die Arbeiter besitzen, und noch dazu eine Tarifgemeinschaft wie die der Buchdrucker, die auf einer so hohen Stufe der Entwicklung angekommen ist. Diese Stimme, welche wir zittern wollen, ist die des Dr. Felix Kuh in der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, einem einwandfreiesten Scharfmacherei betreibenden Unternehmervorgane. Von dieser gegen die Tarifgemeinschaften gerichteten Agitation in dem genannten Organe hatten wir seinerzeit (Mitte Oktober dieses Jahres) keine Notiz genommen, weil es doch „Bücher nach Leipzig tragen“ heißt, unsere Kollegen besonders noch von dem Nutzen der Tarifgemeinschaften überzeugen zu wollen. Durch die Berliner Vorgänge veranlaßt sei nachträglich aber doch noch kurz auf die erwähnten Ausführungen zurückzukommen, damit unsere Leser sehen können, wie notwendig

die Arbeiter es haben, den Gedanken, die Schaffung und die Erhaltung von Tarifgemeinschaften zu verteidigen. Dieser Dr. Kuh hielt vor etlichen Wochen auf der Arbeiternachweiskonferenz in Wernigerode einen Vortrag „Ueber Tarifgemeinschaften“, in dem der Herr Doktor sich als enragerter Gegner von Tarifgemeinschaften erklärte. Warum, werden wir hören, ohne dabei auf die Widersprüche einzugehen, deren sich der Referent schuldig machte. Wir haben ja auch weniger im Sinne, gegen den Herrenstandpunkt Kuh's zu polemisieren, als vielmehr unseren Kollegen zu zeigen, wie die Tarifgemeinschaft von Leuten beurteilt wird, deren „Arbeiterfreundlichkeit“ über jeden Zweifel erhaben ist.

Nach einer höchst gewundenen Einleitung, deren Sätze sich gegenseitig aufheben, andererseits aber eine gewisse Resignation verraten gegenüber den immer mehr sich ausdehnenden tarifgemeinschaftlichen Verträgen, sucht Herr Kuh zu beweisen, daß sich Tarifgemeinschaften wohl für die Arbeiter, aber nicht für die Unternehmer als nützlich erweisen, denn bei der Bildung moderner Tarifgemeinschaften ist in der Regel „der Vorteil schon von vornherein auf der Seite der Arbeiter“ und „bewiesen die im letzten Jahrzehnt aufgetretenen Tarifverträge schon durch ihre Genese (Entstehung), daß sie gewiß nicht im Interesse der Arbeitgeber abgefaßt sind.“ Selbstverständlich hat Herr Kuh davon, wenn er die Tarifverträge der Neuzeit als Kinder des Streiks bezeichnet, keine Ahnung, daß ohne die im Wirtschaftsleben Deutschlands vorausgegangenen Kämpfe es schwerlich jemals zu einer Anerkennung des Arbeiters als mitberatender und -entscheidender Faktor bei der Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen gekommen wäre. Man müßte aber an der Menschheit verzweifeln, wenn nicht durch das allmähliche Erstarken einer gewissen sozialen Erkenntnis und durch eine Vertrags-(Kompromiß-)Politik im Großen beide Teile reif werden sollten, ihre gegenseitigen Beziehungen nicht bloß unter dem Gesichtswinkel des Streiks und des Klassenkampfes zu betrachten. Daß die Tarifgemeinschaften die Wiege einer künftigen höheren wirtschaftlichen Entwicklung und des — soweit überhaupt in der Menschheit möglich — sozialen Friedens sind, unterliegt für den Schreiber dieser Zeilen keinem Zweifel. Daran ändern auch zeitweilige Rückfälle beider Teile in grümmige Kämpfe nichts.

Im Prinzip ist Dr. Kuh gegen Tarifgemeinschaften, weil sie den idealen Kern der Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber enthalten, und weil das moderne Fabrikantentum in seinen sozialen Anschauungen auf feudalen Wegen wandelt. Wer also die tarifgemeinschaftliche Bewegung unterstützt, gräbt unsozialen, arbeiter-, volks- und kulturfeindlichen Gebilden à la Bund der Metallindustriellen usw. das Wasser ab; auf der andern Seite aber wird das so überaus notwendige Selbstbewußtsein der Arbeiter erhöht und die Verzweiflungstheorie, daß der Arbeiter in der heutigen Gesellschaft nichts erreichen könne, zurückgedrängt. Das allein schon hat einen großen moralischen Wert für den Aufstieg der deutschen Arbeiter, dem an ähnlichen Eroberungen wenig an die Seite zu

stellen ist. Ferner muß zugegeben werden, daß auch materiell der Arbeiter mit der Tarifgemeinschaft weiter kommt als ohne sie, daß mit ihrer Hilfe etwas Ordnung in die beruflichen Verhältnisse gebracht werden kann, woraus schließlich doch wieder materielle Zugeständnisse an die Arbeiter resultieren. Und selbst der Tarifgemeinschaftsgegner Dr. Kuh kann sich diesen Tatsachen nicht verschließen, indem er zugesteht, daß mittels der Tarifgemeinschaften die „Schmutzkonkurrenz durch billige Löhne“ eingedämmt, daß weiterhin durch die Wirkung der Tarifverträge das Submissionswesen vorteilhaft beeinflusst würde, und „daß die Tarifverträge etwas zur Stabilisierung der Produktionsbedingungen beigetragen haben.“ Zweifellos Dinge, an denen beide Teile außerordentlich interessiert sein müssen. Aber auch den Arbeitern, sagt Dr. Kuh, verleihe, abgesehen von der Erhöhung des Lohnes und der Verkürzung der Arbeitszeit, der Tarifvertrag eine gewisse Stetigkeit ihres Einkommens und wirke daher ordnend und bessernd auf ihre Lebenshaltung ein. Wider Willen muß dies alles Dr. Kuh zugestehen, was ihn aber nicht hindert „festzustellen“, daß nur die Notlage, die Widerstandsunfähigkeit und das Ruhe- und Friedensbedürfnis der — Unternehmer sie zu Tarifabschlüssen zwingt.

Seine Abneigung gegen Tarifgemeinschaften präzisiert Dr. Kuh in folgenden Programmpunkten:

1. Durch den Tarif wird der Arbeitgeber, nicht aber der Arbeiter zwingend gebunden.
2. Die Auffammlung großer Gewerkschaftsklassen erhöht die Streitgefahr nach Ablauf des Tarifes; auf eine kurze Zeit scheinbaren Friedens folgt sicher ein um so härterer Kampf.
3. Die Dispositionsfreiheit des Unternehmers wird in erheblicher Weise beschränkt, die Existenzfähigkeit mancher Industriezweige in Frage gestellt.
4. Die Durchführbarkeit eines Tarifvertrages ist für viele Gewerkszweige fraglich. Je mehr sich unsere Industrie zum Kunstgewerbe oder zum technisch-hochspezialisierten Gewerbe entwickelt — und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt schreibt diese Entwicklung vor — desto geringer wird die Möglichkeit, Tarifverträge durchzuführen.
5. Die Tarifgemeinschaften werden von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als ein Mittel zur Ausbehnung ihres Einflusses gebraucht und müssen daher eine gefährliche Waffe gegen das Unternehmertum werden.
6. Die Tarifverträge sind durch Einführung des Mindestlohnes und durch Verringerung der Akkordarbeit geeignet, die Leistungen der Arbeiterschaft wesentlich herabzudrücken.

Diese Gesichtspunkte, gegen welche wir im „Corr.“ nicht zu polemisieren brauchen, werden im besondern noch gestützt durch Ausführungen, wie: „Die Tarifgemeinschaften sind ein Beweis, daß heute der sogenannte wirtschaftlich Schwächere in Wahrheit die stärkeren Positionen zu besetzen beginnt“; „Für eine Industrie, die beispielsweise mit den Verhältnissen auf dem Weltmarkt zu rechnen hat, bleibt die freie Disposition über die Lohnhöhe und über die Arbeitszeit eine Lebensbedingung“; „Die Tarifgemeinschaften verhindern nicht die Lohn-treibereien der Arbeiter“; „Jede Nachgiebigkeit in diesem Punkte würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten als einen glänzenden Sieg der Sozial-

demokratie"; „Die Tarifgemeinschaften sollen ein neues Mittel sein, um nicht nur den moralischen Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaften zu heben, sondern auch ihre reale Macht zu vergrößern"; „Der Arbeitgeber muß sich hüten, an die Stelle des einzig richtigen individuellen Arbeitsvertrages den Kollektivvertrag zu setzen"; „Mit dem Abschluß mancher Tarifverträge, z. B. im Buchdruckgewerbe, ist die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen Hand in Hand gegangen. Es ist klar, daß in solchem Falle alle Krümpfe in der Hand der Arbeiterschaft bleiben"; „Es soll nicht bestritten werden, daß in gewissen Fällen der Abschluß eines Tarifvertrages notwendig und nützlich sein kann. Immer aber wird man sich den Vorbehalt machen müssen, daß der Arbeitgeber eben nur der Not gehorchend handelt".

Ganz besonders mißliebig äußert sich Dr. Kuy auch darüber, daß Behörden und andere hervorragende Stellen, „durch die Bevorzugung sogenannter tarifreiner Buchdruckereien dieser Form von Verträgen eine Art von offiziellem Placet gegeben haben. Daß Tarif-Amt der deutschen Buchdrucker hat sich durch diese Erfolge bekanntlich schon so ermutigt gefühlt, daß es eine Eingabe an den Bundesrat gerichtet hat, in der eine beförderliche Tarifanerkennung und die Einrichtung von staatlichen Einigungsämtern gefordert wird." An sozialpolitischer Rückständigkeit und wirtschaftspolitischer Einsichtslosigkeit lassen demnach die Anschauungen des Herrn Dr. Kuy nichts zu wünschen übrig, sie sind der fleischgewordene Stummische Geist, der über Zeiten und Menschen hinweg unverändert geblieben ist.

Aber wäre es nicht an uns allen, ernsthaft darüber nachzudenken, ob man glaubt der Entwicklung einen Dienst zu leisten, wenn die allem Menschlichen anhaftenden Fehler und Schwächen auch bei der Tarifgemeinschaft höher eingeschätzt werden als die Sache selbst, die so viel Gutes schaffen und deren Unzulänglichkeiten nur herzuweisen sind aus den Unvollkommenheiten des Lebens, der Menschen und unserer wirtschaftlichen Verhältnisse? Wir bedürfen auch fernerhin der gemeinsamen tariflichen Arbeit, und sollten die Behauptungen des Herrn Dr. Kuy richtig sein, daß innerhalb einer Tarifgemeinschaft die Arbeiterschaft der stärkere Teil, dann möge unsere Stärke dahin nutzbar gemacht werden, die Prinzipale mehr und mehr zu durchdrängen mit der sozialen Erkenntnis, daß sie mit dem modernen Geiste, der die fortgeschrittenen Arbeiter erfüllt, zu rechnen und ihm entgegenzukommen haben. Bis zu welchem Grade dies geschehen kann und geschehen wird, hängt im wesentlichen von der Arbeiterschaft ab. Je größer die Schwierigkeiten hier sind, desto vorsichtiger muß unsere Taktik, desto kühler und überlegener unser Wirken sein.

Aus dem Gewerk- und Genossenschaftsleben.

(Schluß.)

Der Arbeitsmarkt hat auch im Oktober ein Nachlassen der Besserung gebracht; im September betrug dieselbe gegen den gleichen Monat des Vorjahres noch 9,1, im Oktober aber nur 7,2. Es kamen nämlich auf 100 offene Stellen 124,6 Arbeitssuchende gegen 131,8 im vorjährigen Oktober. Im September d. J. war die Arbeitslosigkeit 108,6 (119,0 männliche und 83,4 weibliche Arbeitslose), im Oktober 124,6 (136,1 bzw. 95,1), der Oktober hätte also eine nicht unbeträchtliche Verschlechterung gegen den September gebracht. Im rheinisch-westfälischen Industriebezirke sieht es vornehmlich nicht befriedigend aus, Süddeutschland und Württemberg gaben aber günstige Nachrichten.

Die inländische Ausstandsbewegung ist im Oktober auf 37 neue Fälle zurückgegangen, im September waren es 40. Die Buchbinder sind diesmal mit drei Streiks vertreten, von denen der in Dresden überhaupt der drittgrößte im Monate war. In nicht weniger als 24 Fällen waren wieder Lohnstreiks die Ursache des Kampfes, in vier Lohnreduktion und ebenfalls in vier Maßregelung. Das Buchdruckgewerbe findet mit dem skandinavischen Konflikte in Berlin Aufschwung.

Die von der Organisation der Schneider veranstalteten Protestversammlungen der Arbeiterschaft in der Konfessions-

industrie wegen der Festsetzung von Ueberarbeit an den Sonnabenden und Vorabenden von Festtagen für die weiblichen Arbeiterinnen haben den preussischen Handelsminister schon zu einer offiziellen Erklärung über seinen kritisierten Erlass gedrängt. Es wird darin ausgeführt, daß eine neue Rechtslage nicht geschaffen werden solle, wohl aber die für 60 Tage im Jahre zulässige Ueberarbeit auch auf die Sonnabende verlegt werden könne. Daß der Herr Minister infolge dieser gewerkschaftlichen Aktion so schnell die Sprache gefunden hat, ist recht schön, besser aber wäre es noch gewesen, er hätte die sonnabendliche Ueberarbeit auf das äußerste erschwert.

Die Schlächter in Berlin haben mit ihrer Bewegung gegen die Sonntagschlachtungen einen vollen Sieg erritten. Am letzten Sonntag im Oktober wurden nur noch 14 Schweine geschlachtet, während am gleichen Tage des Vorjahres noch 2181 Stück Vieh zur Schlachtung kamen. Der Fleischgroßmarkt soll nun demnächst aufgehoben werden.

Für die Maurer ist die Italienerfrage bekanntlich kritischer als die Ausländerfrage in allen anderen Berufen; auf dem Bremer Parteitag der Sozialdemokratie machte deshalb Bömelburg recht scharfe Ausführungen speziell gegen die Italiener. Der Streitfall mit der „Patria" ist unseren Lesern ebenfalls bekannt. Nun kommt ein Herr Theodor v. Wächter, dessen Lebertritt als Predigamtscandidat zur sozialdemokratischen Partei vor acht oder zehn Jahren viel von sich reden machte, wieder an die Bildfläche und nimmt sonderbarerweise die armen Italiener vollständig in Schutz, weil deutsches Kapital Italiens Boden und Industrie zum großen Teile sich unterworfen habe und die ausgebeuteten italienischen Arbeiter zwingt, ihr schönes Land zu verlassen. Die deutschen Arbeiter könnten daher diese Opfer der uns gemeinsam unterdrückenden Kapitalmacht nicht von sich stoßen. Der „Grundstein" nennt die Wächterische Behandlung der Italienerfrage — es sollen auch italienisch-deutsche Verbände angelehrt werden — perfekten Ansin und kommt zu dem Schlusse, daß zu einer rigorosen Abschließungspolitik nicht gegriffen werden dürfe, daß aber mit der Tatsache der Lohnrückgang, der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen durch die Italiener, der veruchten Zerstörung der deutschen Organisationen zu rechnen sei, denn das deutsche Unternehmertum hätte sonst ja kein Interesse an dem Massenimporte italienischer Arbeiter. Wenn sich dieselben als Lohnrücker und Streikbrecher betätigen, so könne den deutschen Arbeitern nicht zugemutet werden, sich dieses unsozialistische Verhalten, diese offene Feindschaft widerspruchslos gefallen zu lassen, gebuldig zu hungern, wenn jene ihnen das Brot vor dem Munde wegnehmen. Zur Ausländerfrage ist das jedenfalls eine gewichtige Stimme.

In einem Artikel „Die Mitglieder der Arbeiterorganisationen nicht handeln sollen" macht der „Grundstein" ebenfalls recht wertvolle Ausführungen. In einer Zeit, wo man allenthalben das Wort „Terrorismus" schreien hört, wo ein Teil der Arbeiterschaft die Unternehmer noch anzustechen sucht in Beschuldigungen gegen die Mehrzahl der gewerkschaftlich Organisierten, ist es am Platze, auch diesem Kapitel eine gewisse Aufmerksamkeit zu widmen. Selbstverständlich verurteilt der „Grundstein" alle Ausschreitungen gegen Arbeitswillige und jeden Zwang auf Indifferente und man kann es nur unterstreichen, wenn er solche Mahnungen wie diese an die Arbeiterschaft richtet:

Vor allen Dingen muß jedes Mitglied der Organisation durch eindringliche Belehrung, die selbstverständlich auch auf die Gesetze und die Rechtsbegriffe gerichtet werden muß, zu der Erkenntnis gebracht werden, daß bei dem agitatorischen Wirken für die Organisation, deren Bestrebungen und Unternehmungen, jedes sich als Beschimpfung und gewollte Beleidigung qualifizierende Wort sowie jede Täuschung gegen indifferente oder aus irgend welchem Grunde nicht der Organisation bzw. einer andern Organisation angehörende Arbeiter grundsätzlich zu vermeiden ist. Wir sagen grundsätzlich und nicht bloß in Rücksicht auf etwaige strafrechtliche Folgen. Eine so gute und gerechte Sache wie die der Arbeiterorganisation kann unmöglich dadurch gewinnen, daß von einzelnen Mitgliedern versucht wird, einzelne Berufsgenossen durch ungebührliche Behandlung zu zwingen, sich der Organisation anzuschließen und an ihren Unternehmungen teilzunehmen. Das ist wirklich kein Gewinn für die Organisation, was bei solcher Propaganda herauskommt. Sie dient lediglich dazu, den Scharfmachern Wasser auf die Mühle zu leiten, ihnen Vorwand zu liefern, der öffentlichen Meinung, der Regierung und Gesetzgebung die Notwendigkeit des Erlasses eines Zuchtgesetzes zu demonstrieren. Es ist wirklich gerade genug mit den offensichtlichen Lügen, die über die „terroristische Praxis der Arbeiterorganisation" von den Scharfmachern in die Welt gesetzt werden; genug damit, daß diese infamen Heber selbst die legale und selbstverständlichste gewerkschaftliche Praxis, sogar die ruhige und anständige Belehrung und Ueberredung zu einem „Terrorismus" umprägen."

Wir haben es deshalb immer bedauert, wenn andersorganisierte Arbeiter resp. deren Organe fast jeden der gegen freie Gewerkschaften geführten Streikprozesse in einer Weise kommentieren, daß die Unternehmer nur Kapital daraus schlagen können. Man muß bei aller Verurteilung jeder Art von Terrorismus doch anerkennen, daß bei einem Konflikte an Provokationen gewiß kein Mangel ist und daß in unserer Rechtsprechung sich für

solche Delikte ein regelrechtes Spezialfach herausgebildet hat. Könnte nicht mit demselben Rechte von einem Terrorismus der christlichen Gewerkschaften gesprochen werden? Wir sehen von dem durch nichts zu beschönigenden Verhalten der christlichen Knappschaftskassen in der Wahlprüfungskommission ab (siehe Gewerkschaftsüberblick in Nr. 136), es sind ja noch andere Fälle zu Genüge vorhanden. Ein christlichorganisierter Weber in Bocholt wollte einen Unorganisierten zum Beitritte gewinnen, ein Wort gab das andre und eines schönen Tages wurde das Sprüchlein: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein", an dem Unorganisierten in praxi demonstriert. Wenn der Christliche für jenes Loch im Kopfe nur zwei Tage Gefängnis erhielt, so hatte er eben sogenanntes Schweineglück. In Dortmund wurden vor einiger Zeit zwei christliche Textilarbeiter wegen schwerer Mißhandlung eines Arbeitswilligen zu Gefängnisstrafen von mehreren Monaten verurteilt. In Gräy (Posen) wurden vier christlich organisierte Maurer — darunter auch ein Gewerkschaftssekretär — mit sechs, je zwei und je einer Woche bestraft. Das sind nur Fälle aus der letzten Zeit. Und doch sind die Christlichen und deren Hintermänner immer gern drauß und dran, den freien Gewerkschaftlern die schlimmsten Dinge anzuhängen; das Schreiben des Benefiziaten Birzburger in Herzogenaurach an den Vorstand des Vereins Deutscher Schuhmacher über eine ihm gewordene grobe Insultierung ist dafür auch bereites Zeugnis. Der geistliche Herr jagte darin zum Schlusse, wenn die Organisation nicht Abhilfe schaße, werde er gezwungen, „jeden Fall sozialistisch-gewerkschaftlichen Terrorismus auf der Kanzel und in der Presse mit Namensnennung des Vereins und des Nöhlings zu brandmarken." Zur Ausführung dieser Drohung kam es aber nicht, denn dem Herrn wurde plausibel gemacht, ehe er Anklagen erhebe, solle er sich erst besser vergewissern; der rohe Patron hatte nämlich mit der Schuhmachervereinigung nicht das Geringste zu tun. Die Hirsch-Dunderianer zetern auch immer über Terrorismus der freien Gewerkschaften, daß aber zu ihrer Zahne zählende Werkmeister die Verbändler schon mehrfach aus der Stellung herausgehoben haben, soll nach verbrieften Meldungen nicht zu bestreiten sein. Selbst die Unorganisierten ziehen schon an dem Stränge; hat sich in Wilmsdorf doch unlängst der Fall ereignet, daß ein neuer Polier sich gleich seine Arbeitswilligenkolonne mitbrachte und die Organisierten aufforderte, den Bauplatz zu verlassen, weil er mit Organisierten nicht zusammen arbeite. Man sieht also, im Grunde genommen hat keine Richtung der andern etwas vorzuziehen in puncto „Terrorismus". Und wenn man sieht, daß das Unternehmertum nur eine Partei gegen die andre ausspielt, es auch an Provokationen keineswegs fehlen läßt, dann sollten die Arbeiter doch klüger sein und den Scharfmachern nicht Wasser auf die Mühlen füllen. Wir verurteilen jeden Zwang, jeden Terrorismus und jede Ausschreitung entschieden; wir finden aber oft moralische Widerungsgründe für Zusammenstöße, zu denen die Unorganisierten usw. leider nur zu häufig durch ihr unehliches Verhalten bei Konflikten und Streiks den Anlaß gaben. Das Geplär von Terrorismus sollte deshalb nicht aus Arbeitermunde kommen. Unsere Rechtsprechung marschiert ohnehin bezüglich des Arbeitswilligenjünges zuhänden zu, wie wir sie soeben erst an dem Dessauer Zuchtshausurteile über in der Notwehr handelnde Soldaten mit Schauern erblickt haben.

Die Hirsch-Dunderianer Gewerksvereine haben bis zum 15. November die für ihre Tagsgesung notwendigen 20000 Abonnenten nicht zusammenbekommen, der Erscheinungstermin ist daher vertagt worden ohne Festlegung eines bestimmten Datums. Das sind schlechte Aussichten für das Unternehmen.

Die rheinisch-westfälischen Gewerksvereiner haben sich aber trotzdem definitiv für die Schaffung einer eignen Tagsgesung erklärt. Dieft man die betreffenden Verhandlungen, so kann man die Düsseldorfser nur um ihren großartigen Optimismus beneiden. Vom 27. Dezember bis 5. Januar soll in Düsseldorf auch ein volkswirtschaftlicher Kurkurs für Gewerksvereiner stattfinden.

In der christlichen Gewerkschaftsbewegung wird der erzwungene Rücktritt Bruffs von der Leitung des Gewerksvereins christlicher Bergleute noch Wäfen ziehen, wie vorauszu sehen war. Zuwischen hat Bruff auch den Posten des Vorsitzenden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften niedergelegt, was ebenso logisch wie notwendig war. Herrn Bruff, der sich in die Spalten der „Essener Volksgesung" mit Aufklärungen über seinen Rücktritt geflüchtet hat, antwortete sein bisheriges Organ „Der Bergknappe" mit recht vielenagen Andeutungen. Uebrigens bestätigt das christliche Bergarbeiterblatt, was wir in Nr. 51 über Bruff geschrieben, daß er nämlich auf maßlosen Ueberhebungen gelitten, keine andre Meinung gegen die seinige aufkommen ließ und bei dem leiftesten Anzeichen von Opposition sofort die Rabinettsfrage stellte. Das letztmal hat er sich aber jämmerlich geäußert bei der Anwendung dieses altbewährten Receptes. Man kann gepannt sein, wie sich die Sache noch entwickeln wird; „geladen" ist man aufscheinend auf beiden Seiten zum Plagen.

Gegen die christlichen Gewerkschaften ist nun auch der Bischof von Limburg aufgetreten. Der Tagung des katholischen Frauenbundes ließ derselbe nämlich erklären, daß er die Bildung von Arbeiterinnenvereinigungen nach Art der christlichen Gewerkschaften in seinem Bistume nicht dulden und mit Aufbietung seiner ganzen Autorität

zu verhindern suchen werde. Nach dem Sulbaer Pastoralen hat befanntlich der Fürstbischof von Zinsbruck am lebhaftesten gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften protestiert, nun ist auch noch der Limburger Bischof dazu gekommen. Mit den katholischen Fachverbänden stehen die christlichen Gewerkschaften auf dem alten Kampfstandpunkte. Dem Organe der ersten wurde in den „Mitteilungen“ der christlichen Gewerkschaften erst jetzt wieder vorgeworfen, es entstelle und lüge. Das ist wohl deutlich, aber wenig christlich gerichtet.

Von der ausländischen Gewerkschaftsbewegung müssen wir etliches zur nächsten Uebersicht zurückstellen. — In der Schweiz interessierten die vielfachen Protestkundgebungen gegen die militärischen Aufgebote bei Streiks — der legitime Eingriff von Infanterie und Kavallerie während des Bauarbeiterstreiks von Chaux-de-fonds erregte besonders böses Blut —, die im freien Schweizer Lande durchaus keine Seltenheit sind. Diese Militäraufgebote, gegen welche sich ja auch der italienische Generalstreik richtete, haben aber in dem sozialdemokratischen Regierungsrate Willkürleger in Basel gewissermaßen einen Verteidiger gefunden; erinnerlich dürfte wohl noch sein, daß Willkürleger im Frühjahr 1903 für die Verwendung von Militär beim Streik der Maurer und Handlanger im großen Räte zu Basel eintrat. Willkürleger hat in sechs Artikeln im „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Gedanken eines Rekruten“ grundsätzlich die Verwendung von Militär bei Streiks verteidigt; es solle aber nur in Fällen ernsthafter Aufstrebungen dazu geschritten und dann solle taktvoll und human vorgegangen werden. Das Zentralorgan der schweizerischen Sozialdemokratie druckte diese Artikel obendrein ab und ohne jede Bemerkung dazu. Das geht nun ein Bedenkenes selbst über unsere revisionistischen Begriffe! Der Vorstand der schweizerischen Sozialdemokratie hat aber dem inzwischen abgehaltenen Parteitag folgende Resolution vorgelegt: „Die sozialdemokratische Partei fordert die Soldaten auf, bei Militäraufgeboten anlässlich von Streiks sich ihrer Solidarität mit den streikenden Arbeitern bewußt zu sein und sich nicht zu Handlungen verwenden zu lassen, durch welche das Streik- und Versammlungsrecht ihrer Klassengenossen verkümmert würde.“ — Bei der Gelegenheit sei gleich noch mitgeteilt, daß in Kanada die Verwendung von Militär bei Streiks jetzt durch ein besonderes Gesetz geregelt ist. Nur wenn die Zivilbehörden die Ordnung nicht mehr aufrecht erhalten können, dann Militär herbeigerufen werden. Der Bürgermeister und zwei Richter, auf dem Lande letztere allein, müssen ein diesbezügliches Verlangen stellen; die Gemeinden haben die Kosten zu tragen. Ob nun die groben Willkürlichkeiten aufhören, bleibt noch abzuwarten.

In Dänemark find die Maurer noch recht hinterwäldlerisch. Vor längerer Zeit machte sich eine von den gleichen Organisationen aus Deutschland, Schweden und Norwegen besetzte Konferenz in Kopenhagen nötig, um die Dänen von dem Brauche abzubringen, daß jeder in Dänemark Arbeit suchende Maurer einen Gesellenbrief aufweisen bzw. sich einer Gesellenprüfung unterwerfen muß. Erreicht wurde, daß aus diesen drei Ländern Zureisende mit dem Ausweise ihrer Organisation ein Jahr in Dänemark arbeiten können und als vollberechtigt gelten; wollen sie länger bleiben, müssen sie sich einer Prüfung unterziehen.

In den Niederlanden sind von den 16000 Maurern nur 600 organisiert. Der aus vierundzwanzig einzelnen Organisationen sich zusammensetzende Verband englischer Maschinenbau- und Schiffsbauarbeiter-Gewerkschaften hat nach langen Erwägungen das Prämienlohnssystem als schädlich für die Arbeiter verworfen, die große Organisation der Maschinenbauer hat es aber als nützlich anerkannt. Nach den in Deutschland damit gemachten Erfahrungen ist es als schädlich zu betrachten.

Aus der Genossenschaftsbewegung ist auch diesmal mancherlei zu melden, es sind aber nicht immer die besten Nachrichten. Konnten wir letztmalig die Mitteilung bringen, daß das Projekt einer Seifenfabrik in Aken a. E. von dem Kreisausschusse nicht definitiv abgelehnt worden ist, so kann heute von einem energischeren Vorstoße der Gegner dieses Vorhabens berichtet werden. Der Magistrat von Aken hat nämlich neuerlich erklärt, daß er alle Eingriffsmittel gegen die genossenschaftliche Seifenfabrik anwenden werde. Daß die Stadtbehörde Aken diese Minen zum Teile aber in recht unglücklicher Weise springen läßt, beweist folgender Vorgang. Im Kreise Krabe-Niedersee ist jetzt die Erziehung für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Albert Schmidt in Vorbereitung und als Kandidat der Nationalliberalen der Major Placke — „Christen-Placke“ wird er aus der Zeit seiner früheren Abgeordnetenherlichkeit genannt — wieder aufgestellt. Placke hat es nun auch auf die Stimmen des Mittelstandes abgesehen, weshalb er sein Gewicht als zweiter Bürgermeister von Aken zugunsten der Mittelstandsbewegung in die Waagschale wirft. Auf seinen Einfluß wird der Widerstand gegen die Seifenfabrik zurückgeführt und seiner Einwirkung folgend hat der Magistrat einen abermaligen Protest eingereicht, in dem sich folgende merkwürdige Stelle befindet: „Eine derartige Produktion bedroht die Existenz von zahlreichen kleineren Geschäftseigenen und Handwerken verschiedener Art sowie von vielen Hausbesitzern, denen mit der Zeit die Nutzung von Läden und größeren Wohnungen verloren geht. Diese Produktion bedroht deshalb einen großen Teil des sogenannten Mittelstandes mit Unter-

gang, verlegt somit das Staatswohl und das Bestreben der Regierung, den Mittelstand, insbesondere den Handwerkerstand, zu schützen. . .“ Das sind einfach köstliche Argumente, die vollständig dem Geiste gleichen, der vor beinahe 200 Jahren die Schiffer auf der Suiba befestete, die den Erfinder des Dampfschiffes totschlagen wollten; der die englischen Arbeiter zu einem Sturm auf die Fabriken und zur Zerstörung der Maschinen trieb und einst auch die Handpfeifenbrüder in verschiedenen Städten zu einer Attade auf die Schnellpressen verleitete. Heute laßt man jedoch über solche Einfälle, bei denen man an das drastische Sprichwort denken muß: Das Weltenrad in seinem Lauf, hält weder Ob noch Unten auf.

Daß Mittelstandsbewertung und Staatswohl auch sonst zusammengeknüpft werden, hat sich bei der geplanten Gründung eines sozialistischen Konsumvereins in Leopoldshall und Staßfurt gezeigt. Der Staßfurter kaufmännische Verein hat nämlich bei dem anhaltischen Staatsminister seine Bedenken gegen diese Gründung geltend gemacht und Herr v. Dallwitz hat dieselben anerkannt sowie wohlwollende Prüfung der Angelegenheit zugesagt. Was von Arbeiterstandpunkte gegen einen solchen Konsumverein spricht, ist lediglich die Befürchtung eines damit auszuübenden Zwanges und die Möglichkeit einer noch größeren Abhängigkeit der Arbeiter vom Arbeitgeber. Sonst gibt es für uns keine Bedenken nach dieser Richtung.

Die Frage der behördlichen Vertretung auf Genossenschaftstagen will der preussische Handelsminister nunmehr generell regeln. Die Regierungspräsidenten sind angewiesen worden, nicht nur zu den allgemeinen Genossenschaftstagen der auf Selbsthilfe bezühenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, sondern auch zu den Versammlungen der Unterverbände Vertreter zu entsenden, da „die Bedeutung dieser Versammlungen für das Genossenschaftswesen“ eine Beschädigung solcher Veranstaltungen nötig mache. Ob Herr Müller dabei nur die Ertrügerische Richtung im Auge hat, bleibt abzuwarten; der Zentralverband deutscher Konsumvereine würde gegen ein solches einseitiges Streben nach Uniformierung jedenfalls auch noch ein Wortchen zu sagen wissen.

Durch Austritt des Allgemeinen Verbandes aus dem internationalen Genossenschaftsbunde hat Herr Dr. Erüger die Isolierung seiner Gruppe nun vollständig gemacht. Erüger gibt erhebliche Meinungsverschiedenheiten über Zweck und Ziel der Genossenschaften sowie die auf dem diesjährigen internationalen Kongresse in Budapest hervorgetretenen weitgehenden Differenzen als Grund des Austrittes an. Da nach Ansicht anderer Leute jener Kongreß einen guten Verlauf genommen, Herr Erüger nach seiner Kreuznacher „Nottungstat“ aber tatsächlich seine Rolle ausgespielt hat, so braucht man über die wirkliche Ursache dieses Austrittes nicht lange im Zweifel zu sein.

Ein Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften ist nunmehr zustande gekommen durch Anschluß des Generalverbandes ländlicher Genossenschaften in Neuwied an den schon bestehenden Reichsverband. Die Gesamtorganisation umfaßt jetzt 40 Landes- und Provinzialverbände mit 16100 Genossenschaften und 1200000 Mitgliedern. Der Sitz dieses Reichsverbandes befindet sich in Darmstadt.

Zu der zweiten Novemberwoche haben in München genossenschaftliche Unterrichtskurse begonnen, welche vom bayerischen Agitationsausschusse in erster Linie für Geschäftsführer veranstaltet werden. Es haben sich 16 Teilnehmer aus 12 Konsumvereinen dazu gemeldet; als Unterrichtsfächer gelten: Buchführung für Konsumvereine, Warenkunde, kaufmännische Verwaltungs- und Arbeitslehre, Rechtskunde und Verkehr mit Gerichten und Behörden, Geschichte und Aufgaben der Konsumvereine, Stellung der Konsumvereine im Handels- und Verkehrsleben der Gegenwart, genossenschaftliche Verwaltungsgrundsätze. Wir halten derartige Kurse für eine große Notwendigkeit und wünschen allgemeinere Einführung derselben, vorausgesetzt natürlich, daß diese Kurse von wirklich sachkundigen Männern geleitet werden und alles gründlich behandelt wird.

Wir haben uns sehr gewundert, daß im Genossenschafts-Zentralorgane sich verschiedene Stimmen gegen solche Kurse vernehmen ließen, die es geradezu als eine Herabsetzung der Konsumvereinsgeschäftsführer empfanden, daß man ihnen auf diese Weise eine gründlichere Kenntnis des Genossenschaftswesens und der praktischen Tätigkeit in denselben beibringen wollte. Wie sehr es in dieser Beziehung hapert und wie — gelinde gesagt — leichtfertig nur zu oft bei der Anstellung von Geschäftsführern und der Berufung zu anderen Posten in der Genossenschaftsbewegung noch verfahren wird, zeigt am ekkatantesten der Zusammenbruch des Konsumvereins in Leipzig-Connewitz. Die Liquidation dieses Vereins wurde notwendig, weil in der Schlichterei des betreffenden Vereins mit „großem Schwundel“ — wie selbst die „Leipziger Volkszeitung“ feststellt — gearbeitet wurde. In der Felscherei war nicht, wie angegeben, ein Bestand von 118000 Mk., sondern von kaum 30000 Mk. vorhanden, und nur infolge von Bilanzverschleierungen des Geschäftsführers Bod konnte diese Mißwirtschaft verdeckt bleiben — bis jetzt die Liquidation des Vereins als letztes und zweifelhaftes Hilfsmittel übrig blieb. Diese Tatsachen beweisen zur Evidenz, wie notwendig derartige Unterrichtskurse sind, denn mit der Uebernahme eines kaufmännischen oder Aufsichtsratspostens in diesen Vereinen ist noch nicht gesagt, daß dazu allein das Wort genügt: „Wenn Gott ein Amt

gibt, dem gibt er auch den Verstand!“ Und die „L. B.-Ztg.“ sagt in einem empfindend heuchlerisch gehaltenen Artikel über Konsumvereine: „Der Berliner Parteitag hat . . . die Genossenschaften nur da gelten lassen, wo sie die soziale Existenzmöglichkeit von gemäßigten Genossen bezwecken oder dazu dienen, die Agitation von äußeren Einflüssen der Gegner zu befreien.“ Da in der Praxis nach diesem Prinzip verfahren wird — neuerdings sind die besser bezahlten Posten an den Konsumvereinen auch sehr erstrebenswerte Endziele vieler im Vordergrund der Leipziger Parteibewegung stehender Genossen — ist eventuell also nur das Gemäßigtere, nicht aber ein größeres Verständnis über das Genossenschaftswesen erforderlich; deshalb ist auch die Entrüstung der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ sehr deplaziert. Der Leipziger Vorkongreß ist ein Schulbeispiel dafür, wohin es in der Genossenschaftsbewegung führen muß, wenn lediglich der gute Parteigenosse die einzige Garantie ist für einen geordneten Geschäftsgang und eine gewissenhafte Erfüllung der genossenschaftlichen Arbeit. So zeigte sich denn in Leipzig, daß der sozialdemokratische Stadtverordnete Vork zum Gärtner gemacht war, der zwar vom Genossenschaftswesen keine Ahnung, aber desto größeres Verständnis dafür hatte, sich vom Schlossergezellen zum reichen Manne „emporzuarbeiten“ und eine geradezu terrorisierende und forumpierende Tätigkeit entfaltete, indem er als Obergenosse alles niedertrat, was seiner Gannerei hindernd im Wege stand. In schandvollster und raffiniertester, absichtlich betrügerischer Weise hat dieser geschwollene Prozeß verstanden, die Arbeiter, seine Genossen, gemein zu hintergehen, wofür sich die Beweise anführen lassen; aber seine Macht als hervorragender Parteiführer am Orte war zu groß, als daß so ein armer Parteiarbeiter hätte dagegen aufkommen können. Erklärte doch der frühere Lagerhalter Wolfram in der Generalversammlung des genannten Vereins, daß er schon vor Jahren auf die zweifelhafte Geschäftsführung des Vork, der heute hinter schwebenden Gardinen sitzt, aufmerksam gemacht habe: „Doch wehe, wer da etwas zu sagen wagte; ihm sei sogar mit Zuchthaus gedroht worden; der Aufsichtsrat könne sich nicht entschuldigen, er hätte die Mißwirtschaft herausfinden müssen.“ Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Strecke, gestand zu, daß er der Schuldige sei, er habe sich nachsehen lassen; der Geschäftsführer (Vork) sei schlauer gewesen, er habe ihn (Strecke) über's Ohr gehauen. In der Diskussion wurde ferner hervorgehoben, der ganze Aufsichtsrat habe gewünscht, daß die Lage in Wirklichkeit eine bedeutend schlechtere war und nur nicht den Mut gehabt, dies zu bekennen. Dahin muß ein System führen, das die Konsumvereine nur als Mittel für Parteizwecke und als Versorgungsmittel für Parteigenossen bewertet. In die eine hervorragende Rolle bei diesem Drama spielenden Personen knüpft sich für uns noch eine grimmige persönliche Genugtuung. Die Herren Vork und Strecke waren es nämlich, die am 20. Januar 1898 den Ausschluß Reßhäusers aus der sozialdemokratischen Partei in heftigster Weise betrieben. (Siehe auch „Corr.“ Nr. 10 von 1898.) Herr Strecke, der Vorsitzende des Aufsichtsrates, der jetzt erklärte, daß er sich „nachsehen lassen“ und daß er „über's Ohr gehauen“ wurde — was dem geriebenen Genossen selbstverständlich kein Mensch glaubt —, begründete damals in fanatischer Weise die Notwendigkeit dieses Ausschlusses: „weil von Reßhäuser zu befürchten sei, er werde als Denunziant und Spieß die intimen Vorgänge in der Partei an die Polizei verraten.“ Jetzt mußte Strecke seinen Posten als Vorsitzender des Aufsichtsrates und als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Süd unter den Bewusstseinsfragen der Arbeiter niederlegen, die durch seine Unfähigkeit oder Pflichtvergessenheit um ihr Geld gekommen sind und die unter der famosen „Aufsicht“ dieses Genossen ihren Konsumverein zusammengetragen haben. Vielleicht hat Herr Strecke heute näher zur Polizei, als wir jemals gehabt haben. Bod etablierte sich in jener Versammlung als ganz besonderer Scharfmacher und die an jenem Abend neu eingetretenen Mitglieder nahmen die „Belehrungen“ Bods über die Gemeingefährlichkeit Reßhäusers mit großem Verständnis entgegen, wie die Abstimmung bewies. Die Reueiß hat diese Herren jetzt erëit; ob die Arbeiter Leipzigs daraus nun wohl lernen werden?

Die Arbeiterproduktionsgenossenschaften Frankreichs werden nicht, wie es in Preußen der Brauch ist, von der Regierung nach Möglichkeit bekämpft, sondern erfahren von ihr tunklichste Förderung. Im vergangenen Jahre sind 30 solcher Genossenschaften mit 78000 Fr. subventioniert worden und 15 Gründungen von Arbeitergenossenschaften wurden 69000 Fr. als Vorschüsse überwiesen.

In Italien ist unter der Arbeiterchaft eine besondere Art genossenschaftlichen Zusammenschlusses in den Arbeitsgenossenschaften vorhanden. Die so vereinigten Arbeiter übernehmen sogar öffentliche Arbeiten, Wegbauten, Flutregulierungen, Urbarmachung lumpiger Landteile usw. Bislang durften in Italien Genossenschaften bei öffentlichen Arbeiten nicht zugelassen werden, wenn die Unternehmungen den Wert von 50000 Lire überstiegen. Diese Vorschrift ist nun gefallen und flugs hat sich eine Genossenschaft um den Bau der Eisenbahn von Reggio Emilia bis Giana beworben, eine Arbeit von mehr als 3½ Millionen Lire Wert. Wir haben noch nicht gelesen, ob der Zuschlag schon erteilt ist.

Die Schlichterarbeiten der dänischen Genossenschafts-schlichtungen haben ihren Tarif zum

1. Januar gekündigt. Die von Großbauern gebildeten 30 Genossenschafts-schlichterinnen wollen die verlangte Lohnerhöhung von 3 l nicht bewilligen, aber den alten Tarif unverändert verlängern.

Die ausgeperrten Steinhauer in Bohuslän (Schweden) werden jetzt in den eignen Steinbrüchen des schwedischen Steinhauerverbandes beschäftigt, da an eine Einigung mit den Unternehmern noch nicht zu denken ist. In Deutschland soll sich der Mangel an Kalkstein infolge dieser Aussperrung schon stark fühlbar gemacht haben.

Der letzte britische Genossenschaftskongreß hat 56000 Mk. Kosten verursacht.

Das Genossenschaftswesen in Japan zeigt seit 1900, in welchem Jahre ein besonderes Gedeihen für die Genossenschaften herauskam, ein schnelles Wachstum. Am Ende des vorigen Jahres bestanden 870 genossenschaftliche Vereinigungen. Die Kreditgenossenschaften dominieren mit 549, dann folgen die Erwerbsgenossenschaften mit 128, an Produktivgenossenschaften sind 16, an Produktiv- und Verkaufsgenossenschaften 20, an Produktiv- und Einkaufsgenossenschaften 25, an Produktiv-, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften 17 vorhanden.

Korrespondenzen.

Berlin. Wir fühlen uns verpflichtet, in Kürze die Erfahrungen des Kollegen Schliebs, soweit sie uns betreffen, in folgendem zu berichten. 1. Betreffs „Bermittlung“ erklären wir: Als wir nach Unzufriedenwerden dem Kollegen Schliebs dies mitteilen, erklärte er sofort, er weiß alles, kann aber jetzt nicht mehr vermitteln; nachdem er erst erklärte, daß wir glauben, die Firma wird noch im Laufe des Tages verpflichtet sein, zu verhandeln, da sie Arbeiten hat, wonach sie verpflichtet ist, tarifreu zu sein. Ein weiterer Beweis, daß wir verhandeln wollten, ist doch auch der, daß wir am 18. Oktober und nochmals am 24. Oktober die Streichung der Firma resp. eine Sitzung beim Gehilfenvorstand beantragten. 2. Schreibt Kollege Schliebs, der Faktor hätte uns vor Verlassen des Geschäftes erklärt, daß wir das Schiedsgericht anrufen mögen, und daß das Geschäft sich diesem Schiedsgericht füge. Wir erklären hierzu, daß uns sowie dem Personale davon nichts bekannt ist, und daß wir Kollegen Schliebs bereits sofort am 18. Oktober, als er uns dies mitteilte, sagten, daß dies nicht wahr ist. Wir können uns nicht begreifen, warum Kollege Schliebs dies jetzt noch schreibt, oder glaubt er solchem bereits im „Corr.“ getennzeichneten Faktor Albrecht mehr als seinen organisierten Kollegen? 3. Gehen mit dem Faktor zum Prinzipal-Schiedsrichter“ ist uns nichts bekannt und haben wir in der Versammlung nur erklärt, daß Kollegen, welche Streikposten standen, Kollegen Schliebs haben nach der Druckerei Kisten gehen und nun ihre Verwunderung darüber aussprachen, da uns die Vermittlung abgelehnt wurde. Ferner erklären wir, daß wir uns von Intriguen frei wissen. 4. Betreffs des „Festhalten am Nachgeben auf beiden Seiten“ erklären wir, daß dies auf uns wohl nicht zutreffen kann, weil mit uns ja gar nicht verhandelt wurde. 5. Zu dem Vorwurfe, daß der Mut uns fehlte, den Fall früh in der Vertrauensmännerversammlung vollständig zu wiederholen, erklären wir, daß die Kollegen, welche daran teilnahmen, sich dies wohl mit Recht verbeten hätten, da die Vertrauensmännerversammlung sich mit etwas ganz anderem zu beschäftigen hatte. 6. Erklären wir, daß wir auf Grundlage des Tarifes glaubten mit Recht gehandelt zu haben und zwar nach dem Kommentar auf Seite 152 (die ersten drei Zeilen) und der Erklärung des Tarif-Ausschusses vom April d. J. Auf die anderen Sachen, welche in der Erklärung des Kollegen Schliebs enthalten sind, näher einzugehen, halten wir uns nicht verpflichtet, da sie teils durch sich selbst, teils durch das hier Mitgeteilte widerlegt sind, und da wir auch nicht die persönlichen Gehässigkeiten, wie sie Kollege Schliebs gegen uns und die Berliner Kollegen betreibt, in gleicher Weise gegen ihn benutzen wollen. Hans Bilz, H. Waten-cker.

Zu der vorstehenden, mir von der Redaktion zur Gegenüberung vorgelegten Erklärung habe ich nichts weiter zu sagen, als daß ich an dem von mir Geschriebenen in Nr. 133 des „Corr.“ in allen Punkten festhalte; meinen Kollegen muß ich überlassen, ob sie mir glauben wollen oder nicht. Von Gehässigkeiten gegen die Berliner Kollegen, die man mir in vorstehender Erklärung mit wohlverstandener Absicht unterzuschleiben sucht, ist in meiner Nichtigstellung nicht ein Wort enthalten; diese Bemerkung kann also nur den Zweck haben, mich bei den Berliner Kollegen zu verdächtigen und diese gegen mich einzunehmen. Die Entschuldigend über die mir zugelegte neue Anzettelung überlasse ich getrost den Berliner Kollegen. Paul Schliebs

Dortmund. Mit dem 1. Januar erscheint hier ein neues nationalliberales Organ (rechter Flügel) unter dem Titel „Westfälische Allgemeine Zeitung“. Da der bereits engagierte Faktor Verbandsmitglied ist, steht zu hoffen, daß die neue Druckerei den Tarif anerkennen wird und eine Anzahl Verbandsmitglieder Unterkommen finden werden. Gegenüber wird die neue Zeitung, weil weite national-liberale Kreise mit der Haltung der „Dortmunder Zeitung“, ein Amtsblatt im ostpreussischen Stile, unzufrieden sind. Die Hibernia-Angelegenheit, wo beides Blatt seinem Amtscharakter zufolge auf Seiten der Regierung steht, und nicht die Interessen der Grubenbarone wahr, einerseits, und die Herausgabe der „unparteiischen“, „Morgenpost“

— dieses Enfant terrible der bürgerlichen Zeitungsverleger —, die hin und wieder ein kräftiges Wörtlein gegen ihre Klassenengenossen findet, erregten Anstoß in Scharfmacherkreisen. Als dritte hiesige Zeitung mit Abonnentenversicherung tritt vom 1. Dezember ab das „Dortmunder Tageblatt“ und zwar mit 300 Mk. pro tüchtigen Unglücksfall. Ob das Blatt glaubt, damit seinen Eingang in die Deffentlichkeit zu finden, den es seit 20 Jahren vergeblich gesucht hat, lassen wir dahin gestellt. In der „Arbeiter-Zeitung“ sowohl als im „General-Anzeiger“ werden gleich nach Neujahr sechszehnjährige Zwillingss-Notationsmaschinen aufgestellt, während in der „Dortmunder Zeitung“, die vor einigen Tagen in ihr neuerbautes Heim einzog, eine 32 seitige Zwillingss-Notationsmaschine bereits im Betriebe ist.

Bezirk Essen. Die letzte diesjährige Bezirksversammlung wurde am 16. November in Nützenscheid abgehalten und hatte sich dieselbe eines guten Besuches zu erfreuen. Es waren etwa 200 Kollegen erschienen. Zu der bereits im „Corr.“ treffend glossierten Tarifdebatte in der Verlegerkonferenz des Augustinus-Bereins nahm der Vorsitzende für Stellung, dabei betonen, daß die Gehilfenhaftigkeit die anscheinend nach rückwärts gerichteten Revidierungsgehülfe derer vom Schläge Hauptmann in geeigneter Weise zu paralyisieren wissen werde. Es zeitigte dieser Punkt eine längere Debatte. Einerseits wurde die Fassung einer bez. Resolution in Anregung gebracht, andererseits jedoch eine solche als zwecklos und überflüssig verworfen, da man von selbst wohl einer Rückwärtsbewegung auf tariflichem Gebiete die Zustimmung versagen würde und man im übrigen den Prinzipalen, die sich bis heute noch als die schlimmsten Tarifignoranten und Prinzipgegner der Tarifgemeinschaft erwiesen, die noch nie die Segnungen derselben an sich selbst erfahren haben, das Recht abspreden müsse, über tarifliche Einrichtungen und Bestimmungen zu urteilen oder gar über Verbesserungen oder Verschlechterungen mit zu raten und zu taten. Ueber die hier selbst stattgefundene Bezirksvorsteherkonferenz wurde seitens des Vorsitzenden Bericht erstattet und darauf die Situationsberichte entgegengenommen, welche ein im allgemeinen günstiges Bild ergaben. Der Mitgliederstand hat gegenwärtig bereits die Zahl 400 überdritten.

Heilbronn. (Maschinenmeisterverein.) In unvorig jünger abgehaltenen Generalversammlung gab der Vorsitzende den Jahresbericht bekannt, aus dem zu entnehmen war, daß das Vereinsjahr ein ruhiges gewesen ist. Unter „Technische“ ist unser Farbenmischkursus zu erwähnen, an welchem eine große Teilnehmerzahl zu verzeichnen war. Derselbe wurde vom Obermaschinenmeister Meindl-Stuttgart geleitet und fand bei den Kursteilnehmern großen Anklang. Von Bedeutung war auch der zu Offern hier abgehaltene erste süddeutsche Maschinenmeisterkongreß, wodurch sich auch unser Mitgliederstand etwas erhöhte. Der Massenbericht, welcher vom Kassierer gegeben wurde, fand keine Beanstandung und wurde demselben Entlastung zu teil. Der Stand der Kasse ist ein befriedigender. Da der Vorsitzende sein Amt niederlegte, wurde unser früherer Vorsitzender wieder einstimmig als solcher gewählt. (Siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 135.) Für das Winterhalbjahr wird ein Illustrationsauswahldkursus in die Wege geleitet. Nachdem noch verschiedene Mißstände gerügt waren, trat Schluß der anregend verlaufenen Versammlung ein.

Köln. Der in Nr. 134 des „Corr.“ enthaltene, von hier eingelangte Bericht entspricht nicht den Tatsachen. Die in demselben geringen Mißstände betreffend Behandlung der Verbandsmitglieder in dem Geschäft des Herrn Geh. Kommissionsrat Volbt beruhen auf persönlichen Empfindungen meinerseits. Ich erkläre, daß nach genauen Informationen in dem Geschäft des „Kölner Anzeiger“ in letzter Zeit kein Unterschied zwischen Verbands- und Nichtverbandsmitgliedern gemacht worden ist, somit von einer entwürdigenden Behandlung der Verbandsmitglieder nicht die Rede sein kann. Die in dem Artikel enthaltene Nebenbemerkung: „daß die Nichtmitglieder wieder einmal geerntet, wo sie nicht gesät haben“, bezieht sich nicht auf das Personal des Herrn Volbt, sondern auf die Nichtmitglieder derjenigen Firmen, die jetzt ihren Beitritt zur Tarifgemeinschaft erklärt haben. Es ist nicht meine Absicht gewesen, Herrn Volbt in der Deffentlichkeit herabzusetzen; wir haben im Gegenteil alles Interesse daran, daß der gewerliche Frieden im Buchdruckgewerbe in Köln erhalten bleibt. G. Schories, Schriftführer.

Kundschau.

Lehrlingszüchter. In Nr. 96 vom 20. August brachten wir die Mitteilung, daß der Landrat zu Schwiebus auf eingegangene Beschwerde des Tarif-Amtes und des Deutschen Buchdrucker-Bereins einer dort bestehenden Druckerei die Annahme von weiteren Lehrlingen untersagt hatte, bis die Zahl der Lehrlinge auf vier zurückgegangen ist; auch in Zukunft wurde der Firma eine Ueberschreitung dieser Lehrlingsziffer verwehrt, wenigstens so lange, als bis sie nicht eine größere Zahl von Gehilfen dauernd beschäftigt. Zu gleicher Zeit war auch die Handwerkskammer gegen die Firma vorgegangen, mußte aber von entsprechenden Maßnahmen Abstand nehmen, da die Aufsichtsbehörde diesen Betrieb als einen „fabrikmäßigen“ erklärte; ein diesbezügliches Gutachten ist seitens des Gewerbeinspektors auch bei der Regierung abgegeben worden, nachdem die Schwiebuser Druckerei gegen die Verfügung des Landrats den Beschwerdeweg betreten hatte. Bei der

Firma waren beschäftigt: 1 Korrektor, 2 Seher, 1 Drucker, 9 Lehrlinge, 4 Einlegerinnen, Zeitungsausträger (teils Kinder), 1 Buchhalterin, 2 Buchbinder, 1 Verkäuferin. Soweit wir unterrichtet sind, soll der Gewerbeinspektor den Begriff „fabrikmäßig“ wie folgt definieren: „Sind mehr als zehn Personen beschäftigt, ist Kraftbetrieb vorhanden, besteht Arbeitsteilung (einer setzt, einer druckt — kein Schweizerdegen), werden Lehrlinge nur entweder als Seher oder als Drucker (nicht in beiden) ausgebildet, dann ist der Betrieb ein „fabrikmäßiger“. Hiergegen und gegen den Protest der Druckerei petitionierte das Tarif-Amt beim Regierungspräsidenten mit dem Erfolge, daß die Verfügung des Landrats bestehen blieb, und die Polizeiverwaltung angewiesen wurde, die Befolgung dieser Anordnung zu überwachen.

Die tarifreue Gehilfenschaft von Stettin veröffentlichte im „General-Anzeiger“ dorthelbst einen Aufruf an das Publikum zum Zwecke der Zuwendung von Druckaufträgen nur an Tarifdruckereien. Einer längeren, gut abgefaßten Einleitung, woraus auch zu ersehen, daß in Stettin 63 Proz. der Druckereien und 82 Proz. der beschäftigten Gehilfen tarifreu sind, folgt das Verzeichnis der Tarifdruckereien. So viel wir wissen, haben derartige Publikationen in Orten, wo damit schon ein Versuch gemacht, gute Erfolge gezeitigt.

Zur Herstellung des Berliner Adreßbuches waren in diesem Jahre etwas über 150 Sezer nötig. Als Neuerung ist diesmal die Bezeichnung der Himmelsrichtung und des Postbezirks der Wohnung jedes Einwohners eingeführt.

In welcher Weise Zeitungsexpeditionen bei der Annahme und Weiterbeförderung von Dofferten hintergangen werden, schildert der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ in Beantwortung einer Anfrage wie folgt: Da der Unfug, die Expeditionen der Zeitungen mit großem Inzeratenteile zur Weiterbeförderung von Dofferten zu benutzen, die zu dem Inhalte der Annonce in keinem direkten Zusammenhange stehen und nur den eignen Zwecken des Einsenders dienen, immer größeren Umfang annimmt, so ist es wohl an der Zeit, darauf aufmerksam zu machen, daß die Verichte solche Manipulationen, insbesondere wenn es sich um direkte Konturrenzunternehmungen handelt, unter Umständen als Betrug ansehen und bestrafen. Hierher gehört das Einsenden von Preislisten auf Inzerate, in denen etwas ganz anderes verlangt wird, oder von Dofferten der Stellenvermittler auf Stellensuche bzw. -angebote, die Auforderung der Konturrenz, statt in dem vorliegenden in ihrem Blatte zu inserieren und anderes mehr. Man scheidet dabei oft vor den zweifelhaftesten Hilfsmitteln nicht zurück, um den Briefen das Aussehen einer regelrechten Dofferte zu verleihen. So erhielten wir vor einiger Zeit fast täglich eine größere Anzahl Briefe, von denen äußerlich keiner dem andern gleich, die aber dadurch verdächtig wurden, daß sie alle bei demselben Postamte eines größeren Platzes aufgegeben waren. Die Adressen waren zum Teile mit verschriebenen Handschriften, zum Teile mit verstellter Hand, teilweise mit der Schreibmaschine geschriebene; Umschläge in den verschiedensten Papierarten, Formaten und Farben waren verwendet — alles um zu verbergen, daß sie von einem und demselben Absender kamen! Eine Nachfrage bei den Empfängern bestätigte den Verdacht, daß wir es mit Dofferten einer Zeitung zu tun hatten, die unseren Inzeraten ihr Organ empfahl. Hier lag unzweifelhaft eine beabsichtigte Täuschung vor, die dadurch noch einen um so bedenklideren Charakter erhielt, als wir für jede Dofferte 10 Pfennige Porto für die Weiterbeförderung zu zahlen hatten. Wir waren somit nicht nur durch unberechtigte Beanspruchung unserer Arbeitskraft, sondern auch finanziell geschädigt, so daß alle Merkmale des Betrugs vorhanden waren. Das Gleiche dürfte mehr oder weniger für alle ähnlichen Fälle zutreffen. Die Frage beantwortet sich sonach eigentlich von selbst. Die Einsender solcher Dofferten sollten froh sein, wenn die geschädigten Zeitungen keine Strafangeige erstatten, sondern es bei der einfachen Befreiung der Briefe usw. bewenden lassen. Letzteres ist nichts anderes als eine durchaus berechtigte Selbsthilfe, wobei von Unterschlagung keine Rede sein kann. — Unter unseren Lesern werden nicht wenige sein, welche gleich üble Erfahrungen gemacht haben mögen; für die übrigen ist dieser Einblick in das Doffertenwesen aber jedenfalls recht interessant.

Wegen Gottesfesterung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, beantragt waren sechs Monate, ist im Revisionsverfahren der Redakteur des „Hannoverschen Volkswille“ der Umfange lag ein vom Angeklagten verfaßter Feuilletonartikel zugrunde. Der Artikel, in dem die Kaiserin von China als „Mutter des Sohnes des Himmels“ bezeichnet ist und Christus als „Vodperäter“ und „justifizierter Verbrecher“ beschrieben war, stellte eine Satire auf den bekannten Königsberger Geheimbündungsprojek dar. Der Prozeß, zu dem vier Geistliche als Zeugen geladen waren, gestaltete sich zu einem hochinteressanten. Während nämlich zwei Geistliche übereinstimmend bezeugten, daß sie durch den betreffenden Artikel in ihrem religiösen Gefühle sich nicht verletzt fühlten, bekundeten die beiden anderen Herren das Gegenteil. Sie fanden den Artikel voller Hohn und Spott über Christus.

Bei der Gewerbegerichts Wahl in Trier erzielten die christlichen 868, die freien Gewerkschaften 544 Stimmen. Entsetzt! Im Amtsblatte für den Regierungsbezirk Rüneburg wird eine 72jährige Greisin wegen Bettelns und Landstreichens freibrieflich ver-

Fortsetzung in der Beilage.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

folgt, dieselbe ist zu allem übrigen auf dem einen Auge blind. Das ist ein erschütterndes Seitenstück zu dem 70jährigen Dienstmädchen Allmann, der hilfslos und auf zwei Stöcken gehend, im wahren Sinne des Wortes ein Opfer der Landstraße wurde. Als dieselbe nämlich Ende September von allen Mitteln entblößt in Auen (Kreis Kreuznach) ankam, stahl er sich in eine Scheune, um zu übernachten. Am andern Morgen fand man den alten Mann, der aber nun gar nicht mehr fort konnte, weil ihn in der Nacht der Schlag getroffen hatte. Der Bureauntraktismus unserer Behörden sowie die elenden Unterfunftsgelegenheiten auf dem Lande brachten es dann fertig, daß der Mann nicht in ein Krankenhaus geschafft wurde, sondern volle drei Wochen in seinem hilflosen Zustande in der Scheune verbleiben mußte, bis ihn der große Eröpfer Tod von seinen Leiden erlöste. Diese beiden Fälle aus der letzten Zeit sind zwei wichtige Anklagen gegen unsere öffentliche Armenpflege, die in einem Barbarenstaate nicht viel rückfälliger sein kann. Es gibt übrigens keine blutigere Fronie auf das bekannnte Kaiserwort, welches dem Arbeiter eine gesicherte Existenz für sein Alter gesichert wissen wollte, als diese entsetzlichen Vorgänge. Diejenigen, welche immer predigen, daß an einem Kaiserwort nicht gedeutet werden soll, sie sind es, die es nicht zur Wahrheit werden lassen und solche Zustände verschulden.

Im Reichshaushaltetat für 1905 sind die Einnahmen an Zöllen, Verbrauchssteuern und Abgaben (Abfindungsummen der außerhalb der Zollgrenze liegenden Reichsgebiete an Stelle der Zölle) auf 857 281 740 Mk. (+ 13 595 270 Mk.) veranschlagt. Aus den Zöllen wird eine Einnahme von 512 282 000 Mk. (+ 1 413 000 Mk.) erwartet, und zwar sollen erbringen die Tabaksteuer 111 090 000 Mk. (+ 7 460 000 Mk.), die Zuckersteuer 130 000 000 Mk. (+ 14 678 000 Mk.), die Salzsteuer 52 282 000 Mk. (+ 1 976 000 Mk.), die Branntweinsteuer 117 478 000 Mk. (- 3 697 000 Mk.), die Schaumweinsteuer wie im vorigen Jahre 4 531 000 Mk., die Brausteuer usw. 29 521 000 Mk. (- 29 000 Mk.). Trotz alledem wird aber in dem oberrichtlichen Etat mit einem Defizit von 74 915 094 Mk. gerechnet, wovon 51 Millionen Mark zusammengepumpt werden sollen. Zur Besetzung einmaliger außerordentlicher Ausgaben sollen auf demselben, so gar nicht mehr unmöglichen Wege „nur“ 293 057 772 Mark aufgebracht werden.

Die Kosten der Erhebungen über die Wirkung des Handwerkergesetzes sind auf insgesamt 1 650 000 Mark veranschlagt, als erste Rate sind davon bereits 800 000 Mk. in den nächsten Etat eingestellt worden, wie wir in Nr. 137 mitgeteilt haben. Die Druckkosten belaufen sich auf zusammen 32 000 Mk.

Die Gewerbeinspektoren als Hezer bezeichnete der Bauernbündler Brauer im heftigsten Landtage. Und warum? Weil gewissen Leuten die Bundesratsverordnung über die Nacht- und die Sonntagsruhe im Mühlengewerbe so gar nicht in ihren Kraut paßt. Da ein Antrag, jene Vorschriften nur auf die Dampfmaschinen anzuwenden, ausichtslos war, weil es sich um ein Reichsgesetz handelt, so wurde die Regierung von agrarischer Seite gebeten, die Gewerbeinspektoren anzuweisen, in der Beaufsichtigung der Mühlen „möglichst Milde walten zu lassen“. Jetzt seien die Gewerbeinspektoren Hezer, weil sie den Mühlenbesitzern sagen, sie dürften dies und das nicht tun. Man kann in Deutschland ja sehr leicht in den Ruf eines Hezers kommen, wenn aber Regierungsbeamte pflichtgemäß für die Einhaltung der Gesetze tätig sind und dabei solche Anerkennung ernten, dann ist es mit der Autorität vor dem Staate und dessen Gesetzen bei den Nächstverwandten der Konserwativen verteuert schlecht bestellt.

Als Lügner entpuppt haben sich die ungarischen Scharfmacher. Die Suspendierung des Tischlerfachvereins in Budapest ist auf eine Denunziation der Unternehmervereinigung zurückzuführen, welche die streikenden Tischlergesellen bei der Regierung der Mißhandlung und der Verdröhung der Arbeitswilligen mit Mord und Totschlag beschuldigten. Die Regierung untersagte daraufhin nicht nur die Organisation der Tischler, sondern bewies der Welt mit ihrem Streikerlasse auch, daß sie eine getreue Dienerin der Unternehmerinteressen ist. Die trotzdem von dem Ministerium angestellten Ermittlungen führten jedoch zu der Feststellung eines von der Unternehmerorganisation inszenierten ungeheuren Schwunders: die Anschwärzungen der Unternehmer waren nämlich erlogen! Die Regierung zog nunmehr die Suspendierung des Tischlerfachvereins zurück. Unsere launfrohkommen deutschen Scharfmacher sind natürlich solcher Schandtat nicht fähig. In Berliner Metallarbeiterkreisen kam es über die Frage eines Generalstreiks in der Berliner Metallindustrie zu lebhaften Debatten. Nach den in dieser Versammlung von der Streikleitung gemachten Mitteilungen sind über 5000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig. Der Vertreter der lokalen Metallarbeitergewerkschaft verlangte, daß in allen Betrieben, in denen

Aussperrungen vorkommen, alle sonst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niederlegen. In weiterer Folge müßte in der Berliner Metallindustrie der Generalstreik erklärt werden, dem sich die anderen Berliner Gewerkschaften anzuschließen hätten. Von den Leitern des Verbandes der Metallarbeiter und von dem Vorsitzenden des Gewerbevereins wurde dagegen sehr entschieden Einspruch erhoben. Ein etwaiger Generalstreik würde als phantastisch bezeichnet. Es würde kaum möglich sein, die Berliner Arbeiterschaft dafür zu erwärmen. Man hoffe, auch mit der bisherigen Taktik auszukommen und zu siegen.

Eine Gehalts- und Lohnnachzahlung von fünf Prozent (Dividende) gewährt die optische Werkstätte von Karl Reiß in Jena für das verfllossene Geschäftsjahr ihren Beamten und Arbeitern. Zu den Jahren 1896 bis 1902 gab es im Durchschnitt eine Dividende von 9 Proz., für 1903 konnte jedoch keine gewährt werden.

Eine deutsche Mittelstandsvereinigung hat sich nun formell gebildet. Der anwesende Regierungsvertreter versicherte vorchristlichmäßig der neuen politischen Vereinigung der Sympathien der Regierung. Was von dieser Gruppierung zu erwarten ist, ließ schon das einleitende Referat des Berliner Tischlerobermeisters Klarbart erkennen, welcher die Ablehnung der Buchhausvorlage beklagte und gegen die Sozialgesetzgebung wie auch gegen die Warenhäuser sich recht mißliebige ausließ.

Es geht nicht zu mit rechten Dingen wird wohl so mancher von der polizeilichen Gottähnlichkeit erfüllter Deutsche denken, wenn er vernimmt, daß in Luzern sich eine Organisation der Schulleute gebildet und den Redakteur des dort erscheinenden sozialdemokratischen Blattes „Der Demokrat“ zu ihrem Präsidenten erwählt hat.

Streitende Lehrer — diese Rarität hat jetzt das Städtchen Liebigau in der Provinz Sachsen aufzuweisen. Während des Winterhalbjahres erteilen dort Volksschullehrer Fortbildungsschulunterricht in Deutsch und Rechnen. In diesem Winter sollten als neue Fächer nun die Gewerbe- sowie die Gesefestunde hinzukommen. Da aber der Magistrat hierzu keinen Lehrer, sondern einen zwanzigjährigen Schreiber bestellte, so haben die Lehrer an der Fortbildungsschule ihre Tätigkeit eingestellt.

Die Bekanntschaft mit dem Erpressungsparagrafen haben in Berlin wieder zwei Maurer gemacht. Einem Maurermeister wurden auf sein Verlangen im Juni weitere Arbeitskräfte geschickt, darunter auch zwei christlich organisierte Maurer. Auf dem Bau angekommen, wurden sie von dem Vertrauensmann des Maurerverbandes und dem der Sozialorganisation nach ihrer Organisationszugehörigkeit gefragt, die Christlichen erklärten bei ihrer Organisation zu verbleiben. Ohne sich in weitere Verhandlungen mit den beiden einzulassen, entsetzten sich die Pfadepolizisten; als dann der Polier zum Arbeitsbeginn pfiff, blieben die Verbändler und Lokalfisten aber in der Baubude. Dem Polier wurde sogleich der Grund der Arbeitsverweigerung bekannt gegeben: man wollte nicht mit den Christlichen zusammen arbeiten. Der Polier brachte es jedoch dahin, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde, die beiden Christlichen schickte er nach einem andern Bau. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß Drohungen nicht gefallen und daß die Christlichen nicht zum Beitritte in den Verband veranlaßt werden sollten, lediglich wegen früherer Mißbilligkeiten wollte man nicht mit den Beiden arbeiten. Das Gericht hielt jedoch die Merkmale der Erpressung für vorliegend und verurteilte jeden der Angeklagten zu einem Monate Gefängnis. Wir sind Gegner der Anwendung solcher Mittel und wie das Organ der Maurer darüber denkt, ist heute an anderer Stelle zu lesen; wir finden aber manches in dieser Beziehung begrifflich, wenn wir z. B. an die richtigen Gutenbergbundkreaturen denken. Gegen solche Ausnahmejudikatur protestieren wir aber nach wie vor, weil sie sich eben nur gegen Arbeiter richtet, während in anderen Kreisen die Standeshere in jeder Weise Verfechtung finden kann.

Einträge.

Graphischer Anzeiger, Offertenblatt für die gesamte Druck-Industrie. 19. Jahrgang. Verlag: Graphische Verlagsanstalt, P. Goldschmidt, Halle a. S., Körnerstraße 7. Interessenten von diesem Blatt auf Wunsch gratis und franco zugesandt. — Es sei hierbei auf die veränderte Wohnung genannten Verlegers besonders aufmerksam gemacht.

Briefkasten.

E.: Sie sind ja ein internationaler Redaktionsfreaken! Keine Zeile mehr nehmen wir auf, nachdem Sie zwei Nummern hindurch unsere Leser zur Verzweiflung gebracht. — F. M. in Trier: Ein besonderes Blatt gibt es in dieser Beziehung nicht, als Wuster können Ihnen die Fachblätter („Deutsch-Buch- und Steinbruder“, „Schweizer Graphische Mitteilungen“ usw.) dienen. — m.: I. Mein. 2. Die Gefilten haben — leider — nicht dasfelbe Recht. — P. Thranert in Berlin: Ihre „Verichtigung“ entspricht nicht den Anforderungen des von Ihnen angezogenen

Freigeleges, deshalb wird die Aufnahme verweigert. — U. B. in Götting: Ohne Gegenzeichnung durch den Vorsitzenden wird die Notiz nicht aufgenommen. — F. H. in Beuthen: Erstens hatten Sie Ihren Namen nicht darunter gesetzt und zweitens haben wir zwecks Nachprüfung die Verichtigung dem Kollegen Schlag übergeben. — H. Sch. in Wanne: Senden Sie doch dem christlichen „Holzarbeiter“ eine Verichtigung nach § 11 des Freigeleges. Die Leser jenes Blattes bekommen doch den „Corr.“ nicht in die Hand und unsere Kollegen brauchen diesbezüglich keine Aufklärung. Gruß! — H. in Nürnberg: „Archiv für Buchgewerbe“, Leipzig, Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins. Jährlich 12 Hefte. Für Nichtmitglieder des Buchgewerbevereins jährlicher Abonnementpreis 12 Mk. Freundeschaftlichen Gruß! — F. K. in Berlin: Ihre — vielleicht berechnete — Kammerarie wollen wir lieber um der Wirkung nach außen willen ungedruckt lassen.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfall haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten und zwar für: die deutsche Schweiz an Emil Piffner, Bern, Friedbad 41; die romanische Schweiz an Marius Corbaz, Lausanne, Chalet du midi, chemin Jurigoz; die italienische Schweiz an F. Balocchi, Lugano, Via nuova 13; Elsaß-Lothringen an Adolph Schnoll, Straßburg, Langestraße 146; Desterreich an Franz Reifmüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25, 4. Stiege, II. Stock 33; Belgien an Wilh. Sarbage, Place de la Duchesse 6, Brüssel; Ungarn an Lerner Dejő, Budapeſt VI, Hunyadi-ter 3; Preßburg an Samu Böny, Preßburg, Michaelergasse 16; Holland an S. Fols, Amsterdan, Bloemſtraat 60 huis; Dänemark an Viktor Petersen, Kopenhagen, Nybrogade 12 K. Berlin.

Der Verbandsvorstand.

Gau Schlesien und Schleswig-Holstein. Zwischen beiden Gauen tritt betreffs der Gau-Unterstützung an beim Verbands nicht bezugsberechtigte und bezugsberechtigte arbeitslose Verbandsmitglieder vom 1. Januar 1905 ab insofern Gegenseitigkeit ein, als die in beiden Gauen geleisteten Beiträge bei eintretender Arbeitslosigkeit den Mitgliedern in Anrechnung gebracht werden. Die Unterstützung kann jedoch nur in demjenigen Gau erhoben werden, in welchem die Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Betreffs der Unterstützung an vom Verbands ausgesteuerte Mitglieder ist Gegenseitigkeit nicht vereinbart worden.

Darmstadt. (Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand jetzt wie folgt zusammen: Rudolf Schlotterbeck, Wilhelmstr. 4, Vorsitzender; Alfred Arnold, Lautenschlagerstraße 11, I, Kassierer; Hugo Rixeder, Schriftführer.

Weidenrich. Der Vorstand des Ortsvereins setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: W. Dienſbach, Marktstraße 6, I, Vorsitzender; F. Krömer, Ritterstr. 20, Kassierer; D. Rabe, Schriftführer; W. Steinmeß und E. Romm, Beisitzer.

Havensburg. Die Herren Verbandsfunktionäre werden um Mitteilung der Adresse des Segers Herrn. Gruch an aus Wemel an den Vertrauensmann Karl Buchmüller, Untere breite Straße 3, höchlichst ersucht.

Stuttgart. (Maschinenmeisterverein.) Der Ausschuß setzt sich nunmehr aus folgenden Kollegen zusammen: Karl Haug, Johanneſstraße 4, IV, erster Vorsitzender; Georg Lober, zweiter Vorsitzender; Heinrich Ehlinger, Schreiberstr. 3, III, Kassierer; Gottlob Schnell, Schriftführer; Paul Diehl, Gg. Wolf und Gg. Heydolph, Beisitzer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Aachen der Segler Friedr. Zimmerath, geb. in Aachen 1893, ausgel. das. 1901; war noch nicht Mitglied. — In Duren der Drucker Konrad Lappert, geb. in Düsseldorf 1865, ausgel. das. 1884; war noch nicht Mitglied. — Andr. Wilms in Aachen, Walbertstr. 55. In Beuthen (D.-Schl.) der Segler Franz Liwowſky,

geb. in Schomberg 1886, ausgl. in Beuthen 1904; war noch nicht Mitglied. — In Weidwitz der Seher 1. Joh. Socha, geb. in Ratibor 1884, ausgl. das. 1902; 2. Valentin Seher, geb. in Nabziontau 1885, ausgl. in Tarnowitz 1903; 3. Rudolf Daniel, geb. in Tarnowitz 1881, ausgl. das. 1899; waren noch nicht Mitglieder; 4. Paul Seifert, geb. in Kiegnitz 1876, ausgl. das. 1895; war schon Mitglied. — In Ratibor der Seher Anton Kolenda, geb. in Pleß 1879, ausgl. in Ratowitz 1896; war schon Mitglied. — In Tarnowitz der Geschäftsführer Paul Hoffmann, geb. in Sommerda 1866, ausgl. in Mansfeld 1884; war schon Mitglied. — Franz Hadrian in Beuthen (D. SchL), Bismarckstr. 1. In Brud der Seher Martin Kappelmeier, geb. in Nottbath 1835, ausgl. in Brud 1902; war noch nicht Mitglied. — In München der Seher Schnitzer, geb. in Partenkirchen 1887, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Uffenheim der Seher Ferdinand Wirth, geb. in Schäftersheim 1883, ausgl. in Uffenheim 1901; war schon Mitglied. — Ludwig Boelck in München, Auenstraße 22, I. In Darmstadt der Seher Paul Sohn, geb. in Königshütte 1875, ausgl. das. 1896; war schon Mitglied. — Alwin Mah, Schwabenstraße 2.

In Effen die Seher 1. Karl Drillen, geb. in Kempen a. Rh. 1885, ausgl. das. 1903; 2. Joh. Dehnen, geb. in Löben (Kr. Gumbinnen) 1886, ausgl. in Mühlheim (Ruhr) 1903; die Drucker 3. Friedrich Kunze, geb. in Effen (Ruhr), ausgl. das. 1900; waren noch nicht Mitglieder; 4. Wilhelm Steinmann, geb. in Erxter (Kr. Herford) 1872, ausgl. in Effen 1892; 5. der Seher Fern. Göbel, geb. in Niesbyl 1885, ausgl. das. 1903; waren schon Mitglieder. — Karl Bodmühl in Rütterscheid-Effen, Amalienstraße. In Hagen i. W. der Drucker Theodor Bröder, geb. in Münster i. W. 1879, ausgl. das. 1897; war schon Mitglied. — In Brilon die Seher 1. Josef Heine mann, geb. in Bebburg (Kr. Bergheim) 1886, ausgl. in Jülich 1901; 2. Paul Yuturuk, geb. in Schneidemühl 1885, ausgl. das. 1903; waren noch nicht Mitglieder. — In Fierlohn der Seher Adolf Kaiser, geb. in Fierlohn 1870, ausgl. in Witten a. d. Ruhr 1889; war schon Mitglied. — In Lüdenscheid der Drucker Wilhelm Trieb, geb. in Hilburgshausen 1885, ausgl. das. 1903; war noch nicht Mitglied. — In Reheim a. d. Ruhr der Seher Karl Eikemann-Neusch, geb. in Waburg 1882, ausgl. in Urnsberg i. W. 1900; war schon Mitglied. — S. Lorenz in Hagen i. W., Fleyerweg 1 c.

In Hamburg der Seher Anton Lang, geb. in Kirchhain 1881, ausgl. das. 1900; war noch nicht Mitglied. — A. Demuth, Kaiser Wilhelmstraße 40, I. In Kenzingen der Seher Hans Kaiser, geb. in Böhmenkirch (D.-W. Weisklingen) 1884, ausgl. in Weisklingen a. d. St. 1902; war noch nicht Mitglied. — Friedrich Müller in Freiburg i. Br., Ludwigstraße 10. In Mainz der Drucker Max Neujchel, geb. in Münchberg (Bayern) 1884, ausgl. das. 1900. — Heim. Beh II, Rheinallee 13, IV. In Rathenow der Seher Gerhard Seifert, geb. in Prenzlau i. d. U. 1885, ausgl. das. 1904; war noch nicht Mitglied. — Otto Seidke in Brandenburg a. N., Blauerstraße 14. In Billingen der Seher Paul Wolf, geb. in Uffenheim (Bayern) 1877, ausgl. in Dinkelsbühl 1904; war noch nicht Mitglied. — Nikolaus Sjele in Lohr, Friedrichstraße 22.

Arbeitslosen-Unterstützung.
Rastenburg (Ostpr.). Das Viatikum für durchreisende Kollegen wird durch den Kollegen F. Kästner in der Ed. Uhlischen Buchdruckerei ausbezahlt.

Bostonpresse

[237]

mit 5 Schriften (b. neu) für 100 M. veräußlich. Fr. Cantor, Karlsruhe, Eisenstr. 33, 3. St. H.

Patentverkauf oder Lizenzerteilung!

Der Inhaber des D. R. P. No. 98110, welches e. „Anlagevorrichtung für Schnellpressen“ betrifft, wünscht seine Patentrechte an inländ. Fabrikanten abzutreten bzw. letzteren Lizenz zur Fabrikat. zu erteilen und bietet ges. Anz. erteilt a. d. Patentbureau Koh. B. Schmidt, Inh. Patentanwalt Paul Müller, Berlin SW 46, Königsgräberstr. 70, gel. zu lassen. [244]

Zucht. Seher. 26 Jahre alt, i. Druck u. unerrl. wünscht m. 2-3000 M. in Druckerei gegen Sicherheit einzutreten. Ausführliche Offerten unter Nr. 240 an die Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Schriftsetzer

mit etw. Kapital kann sich selbständig machen. Werte Off. u. G. J. H. Hamburg 31 erb. [248]

Ein Herr

gleich wo wohnhaft sofort gesucht zum Verkauf von Zigarren an Wirte, Händler usw. Vergütung ev. 250 M. pro Monat oder hohe Provision. A. Rieck & Co., Hamburg. [236]

Hoher und leichter Lebenserwerb!
 Sucht überall Leute z. Vertriebe hochbeleg. Neuh. vorzügl. Weihnachtsartikel. Hohe Vergütung, ohne Risiko und Konkurrenz. [235]
S. Sonntag, Wittau (Sachsen), Moonstraße.

Zelterer

Maschinenmeister
 solchen Charakters, absolut tüchtig im Maschinen- u. Wert, Illustrations- und Plattendruck, findet bei zufriedenstellenden Leistungen dauernde Stellung. Werte Offerten mit Gehalts- und Altersangabe sowie Zeugnisabschriften erbeten an H. S. Artl, Buchdruckerei und Verlag, Dessau. [247]

Tüchtige

Schriftsetzer
 für Zander-Komplettmaschinen in dauernde Kondition gesucht.
Sauerische Gießerei, Frankfurt a. M.

Tüchtige

Fertigmacher und Höhefräser
 in dauernde Kondition gesucht.
Sauerische Gießerei, Frankfurt a. M.

Tüchtiger

Fertigmacher und Höhehobler
 für dauernde Beschäftigung gesucht. Erfahrung an der Höhefräsmaschine erwünscht.
Schriftgießerei Flinsch, Frankfurt a. M.

Zwei Galvanoplastiker, ein Präger und Abdecker, ein Richter gesucht. W. Off. u. A. E. 230 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Stempelschneider
 und Graveure, nur durchaus tüchtige, auf dauernde Stellung gesucht.
Rudhardsche Gießerei in Offenbach a. M.

Leipzig.
 Strebs. Auswendiger, 25 Jahre, sucht als solcher oder auf das Kontor einer Buchdruckerei oder Schriftgießerei in Leipzig Stelle zum 12. Dezember oder später. Prima Zeugnisse zu Diensten. Werte Offerten unter Nr. 232 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Junger Wert- und Zeitungsetzer
 sucht Kondition. Werte Off. unter O. S. 239 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Thüringischer Buchdruckerverein i. Ligu.

Dresden Buchdruck-Maschm.-Verein Dresden

Die unterzeichnete Kommission hat einstimmig beschlossen, das Vermögen der Sterbetafel im Betrage von etwa 5000 Mk. an die noch vorhandenen berechtigten Mitglieder zu gleichen Teilen zu verteilen und werden die Betreffenden hiermit aufgefordert, ihre Ansprüche bis zum 1. März 1905 bei dem Vorsitzenden der unterzeichneten Kommission geltend zu machen, soweit sie nicht bereits ihre Zustimmung infolge des verlandten Zirkulars gegeben haben. Nach dem 1. März 1905 einlaufende Ansprüche werden nicht berücksichtigt. [229]

Sonntag den 4. Dezember, vorm. 11 Uhr: Monatsversammlung

im Vereinslokale.
 NB. Die Generalversammlung findet Sonntag den 8. Januar 1905 statt und sind Anträge zu dieser bis spätestens den 24. Dezember d. J. an den Vorsitzenden Bruno Klenner, Kurfürstenstraße 5, III, einzuweisen. Ferner werden die Mitglieder ersucht, behufs Festlegung der Jahresrechnung in der Dezemberversammlung ihre Reize zu begleichen, andernfalls Restanten auf der Liste namhaft gemacht werden.
Der Vorstand. [238]

Gebrauchs- und Geschenkartikel für Buchdrucker
 in unübertroffener Auswahl und in jeder Preislage enthält der im 19. Jahrgange erscheinende, mit über 150 Abbildungen versehene Graphische Anzeiger. Vor Einkauf von Geschenk-Gegenständen, technischen Utensilien und Fachschriften verlange man ihn deshalb stets umsonst und portofrei von der
Graph. Verlags-Anstalt P. Goldschmidt, Halle a. S. [241]

Liedertafel Gutenberg

von 1877. Hamburg-Altona.

Sonntag den 11. Dezember, morgens 11 Uhr präzis:

Generalversammlung

bei Sornhöft, H. Knojenstraße 16.
 Tagesordnung:
 1. Halbjährliche Rechnungslegung und Vorlage des Jahresberichtes.
 2. Neuwahl des Vorstandes.
 3. Statutenänderung: Antrag Max Fischer: § 8 unter a) statt Mk. 30 — zu jeßen Mk. 60 — u. unter d) statt Mk. 50 — zu jeßen Mk. 60 —.
 4. Beschlußfassung über die im Sommerhalbjahre 1905 abzuhaltenden Vergnügungen.
 5. Verschiedenes.
Der Vorstand. [210]

Glas-Christbaumschmuck.

Größtes prachtvollstes Sortiment, enthaltend alle besseren diesjährigen Muster-Neuheiten: über 300 Stück **Atlasglocken, Eier, Kessel** (b. 8 cm groß), **Glocken**, alle Arten **Friedle**, feinst überzogene **Prachtküchle, Gispapfen, Strangkugeln** usw. nebst großartig ausgestatteter **Strahlenkronenspitze**, 22 cm groß, für 5 Mk. (Nachnahme 5,30 Mk.) franco; **10 Tugend große Sachen** oder **60 Stück allerfeinste Primaware** nebst obiger Spitze zu denselben Preise. **Gratis lege bei: 1 Paradiesvogel** aus **Glas**, 18 cm groß, **1 Engel** mit beweglichen Flügeln und ein **Paket Nisthalter**. — Versand von nur denkbar feinsten und solidester Ware aufs beste und sorgfältigste verpackt. [219]

Theodor Müller-Hipper, Lauscha (S.-M.) Nr. 92.
 Glaswarenfabrik. — Allein über 1900 glänzende Anerkennungen vom Jahre 1903.

Stuttgarter graph. Versandhaus,
 52 Calvorstr. Th. Leibius, Calvorstr. 52, empfiehlt: **Setzerblusen, Maschinenanzüge, Ahlen, Pinzetten, Schoren, Zurchtmesser, Uhrbänder, Blor- u. Weinpfeil, fünffarbig, Kravattennadeln, Damenbrotschen, Mannschattenknöpfe, Bierkrüge, Pokale** mit Gutenberg od. Vapp-, Schnupftabakdosens, Feuerzeuge u. Vereinsabzeichen etc. Illustr. Preisliste gratis u. franco.

H. Andressen & Sohn, Hamburg.
 Fabrik von Matrizenpulver. [884]
 100 Ko. 40 Mk. ab Hamburg.

Schriftsetzer!

Gegen offene **Feindschäden** sind schon tausend Mittel vergeblich gebraucht worden, während das billige und zugleich wirksamste Mittel

Borsyl-Streupulver

ist, welches mit gleich vorzüglichem Erfolge gegen dieses Leiden als auch gegen **Schweißfuß** usw. benutzt wird. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien. Probebeutel gegen Einsendung von 20 Pf. [121]
 Fabrikant: **Chemische Fabrik, Dahnme (Marb).**

Technikum für Buchdrucker

Bildungsfälle für jüngere Buchdrucker und Söhne von Buchdruckerei-Besitzern, welche sich als tüchtige technische Arbeiter, welche die Neuzeit an den Anforderungen, welche die Buchdruckerei stellt, gerecht werden zu können. Die Stellen, welche diesen Kursus mit Erfolg absolviert haben, werden ev. Stellen nachgewiesen. Prospekte sowie Lehrpläne durch die Geschäftsstelle, **Leipzig-R., Senefelder-Strasse 15.**

Offertenbriefe sind ausschließlich an die Geschäftsstelle des Corr. (Hauptred.) Leipzig, Salomonstr. 8, zu senden. Offertenbriefe ohne Freimarke können nicht berücksichtigt werden. Die Geschäftsstelle des Corr.

Typographia

*** Gesangverein ***
 Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.
 Den Mitgliedern zur gefl. Kenntnisnahme, daß unsere diesjährige

*** Weihnachtsfeier ***

am **Sonntag den 25. Dezember** in **Louis Keller's Festsaal**, Kopenstraße 29, statt findet.
 An die Zahl der an der Feier teilnehmenden Kinder rechtzeitig feststellen zu können, werden die Mitglieder gebeten, **Alter und Namen der Kinder** dem Vorstande bis spätestens Freitag den 9. Dezember mitzuteilen.
 Ferner erlauben wir diesjährigen Mitglieder, deren schulpflichtige Kinder bei dem zur Ausführung gelangenden „**Kinder-Festspiel**“ mitwirken wollen, dieselben am **Sonntag den 4. Dezember**, nachmittags 3 Uhr, nach den **Arminhallen** zu schicken.
Der Vorstand.
Maschinenfabrikvereinigung Gau Dresden.
Sonntag den 4. Dezbr. vorm. 1/2 11 Uhr: **Monatsversammlung**, im Restaurant „**Zum Senefelder**“, Kaufstraße 16. [215]

Krefeld. Samstag d. 8. Dezember, abends 1/2 11 Uhr: **Generalversammlung.** S. D.: 1. Geschäftliches; 2. Vorstandswahl; 3. Kartellbericht; 4. Zarifisches; 5. Fragelasten; 6. Verschiedenes. **D. V.** [216]

Kollegen Otto Vinzenmeyer
 zu seinem am Samstag den 3. Dezember im „Wintergarten“ zu feiernden 25jährigen Jubiläum die besten Glückwünsche.
J. Schlipf, P. Röhke. [231]

Am 25. November verstarb infolge Blutvergiftung unser lieber Kollege

Artur Holtz
 aus Finsterwalde im Alter von 23 Jahren. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Das Personal der Firma Fredebeul & Koenen, Essen (Ruhr), 26. Novbr. 1904.

Am 22. November verstarb unser lieber Kollege, der Schriftsetzer

Karl Gilges
 aus Herschweiler-Kusel im Alter von 37 1/2 Jahren an der Berufskrankheit. Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren.
 Die Mitgliedschaft Ravensburg. [234]

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhabetin: Klara verw. Härtel)
 Kohlgartenstrasse 48
 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Moderne Vorlagen für Zouplattenschnitt. Heft I bis 5 à 1 Mt.

Der heutigen Nummer liegt ein empfehlender Prospekt über **„Vorführung für Buchdruckereien“**, Lehrbuch der Theorie und Praxis von Detlef Schönwandt, Berlin W 9, Köpfigerstraße 46, bei, worauf wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.